
DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFT VON DER KRISE DER 1840ER JAHRE BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG

Rezension von: Richard H. Tilly, Vom
Zollverein zum Industriestaat. Die
wirtschaftlich-soziale Entwicklung
Deutschlands 1834 bis 1914,
Deutscher Taschenbuch Verlag 4506,
München 1990, 234 Seiten, DM 12,80

Der in der bekannten dtv-Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit“ erschienene Band beginnt mit einer Darlegung eines öfters stiefmütterlich behandelten Themas: der Krise der 1840er Jahre. Dabei handelte es sich einerseits um eine strukturelle Krise. Das Zusammenwirken von technischem Fortschritt und Bevölkerungswachstum hatte Unterbeschäftigung und Massenverarmung zur Folge. Am stärksten betroffen waren der gewerbliche und der protoindustrielle (Heimarbeits-)Bereich. Die extremen Einkommenseinbußen der Heimarbeiter fanden u. a. Ausdruck im berühmten schlesischen Weberaufstand des Jahres 1844.

Die witterungsbedingten Mißernten der Jahre 1845 und 1848 bewirkten rapide Preisanstiege bei Getreide und Kartoffeln. Am schärfsten war die Agrar- und Hungerkrise im preußischen Armenhaus Ostelbien. Diese Regionen wiesen den niedrigsten Lebensstandard, das höchste Bevölkerungswachstum und die geringste Industrialisierung auf. Die auch in diesen Jahren anhaltend hohen Getreideexporte aus dem östlichen Teil Preußens ließen die Preise steigen und erschwerten auf diese Weise der Unterschicht den Zugang zu Nahrungsmitteln. Die ostelbischen Großgrundbesitzer lehnten administrative

Eingriffe in den Lebensmittelhandel ab. Daher kamen staatliche Verordnungen und Zuteilungen vor allem außerhalb Preußens zur Anwendung. Öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfolgten erst spät, nämlich im Revolutionsjahr 1848.

Die insbesondere vom Eisenbahnbau getragene Investitionswelle in der ersten Hälfte der vierziger Jahre fand mit der monetären Krise 1847 ein abruptes Ende. Unternehmenszusammenbrüche, Konkurse, Kapazitätseinschränkungen und Entlassungen leiteten die tiefe Rezession 1847 bis 1849 ein. Die Revolution war somit Teil als auch Konsequenz einer länger andauernden, vielschichtigen Krise.

In der folgenden Gründerzeit bis Mitte der 1870er Jahre stiegen die gesamtwirtschaftliche Produktivität und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen. Stagnierende Reallöhne implizieren eine erhebliche Umverteilung zu den Kapitaleinkommen in dieser Periode. Die Verteilungsverschiebung kann als das Ergebnis eines gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräfteüberschusses aufgefaßt werden. Auf die Investitionstätigkeit übte sie über die Ersparnisbildung vermutlich einen positiven Einfluß aus. Die höhere Investitionsrate wiederum beschleunigte die Diffusion des technischen Fortschritts und damit die Steigerung der Produktivität. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, daß gerade wegen der Durchsetzung der Fabriksproduktion, insbesondere im Textilbereich, die protoindustriellen Verdienstmöglichkeiten schrumpften. Die Fabriken schufen sich somit zumindest partiell auf mittlere Sicht ihr eigenes Arbeitskrätereservoir.

Neben dem Eisenbahnbau, der Eisenindustrie und dem Kohlebergbau zählte der Maschinenbau zu den Führungsindustrien der Gründerzeit. Das spektakuläre Wachstum dieser Branche – die Zahl der Maschinenfabriken stieg von 417 (1846) auf 665 (1861) und etwa 1.400 (1871) – war teils eine Reaktion auf die Eisenbahnnachfrage, teils

autonom. Bereits in den siebziger Jahren bestanden einige Großunternehmen mit mehreren tausend Beschäftigten. Die Standorte konzentrierten sich stark in den Städten.

In den beiden letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs erfolgte in der Maschinenindustrie nochmals eine Beschleunigung des Wachstumstempos: 1882 zählte die Branche 4.887 Betriebe mit 94.900 Beschäftigten, 1907 schon 6.083 Betriebe mit 270.300 Beschäftigten. Die Ursachen dieser Dynamik lagen in der Hinwendung zur Massenproduktion in einigen Bereichen, in der Spezialisierung einzelner Produktionszweige sowie in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Technik. Der Exportanteil stieg ständig, bereits 1909 wurde fast das diesbezügliche Niveau Großbritanniens erreicht. Die Vielfalt der Produkte verhinderte ähnliche Konzentrationstendenzen wie in der Eisen- und Stahlindustrie.

Zwischen 1880 und 1913 erfolgte ein merklicher Anstieg des durchschnittlichen Lebensstandards der unselbstständig Beschäftigten. Der Reallohnanstieg betrug in diesem Zeitraum durchschnittlich 1,4 Prozent p. a. Die Verteilung dieser Wohlstandsverbesserung auf einzelne Gruppen ist aber nach wie vor kontrovers. Daten zur personellen Einkommensverteilung in Preußen zeigen eine Zunahme der Ungleichheit in den achtziger und neunziger Jahren, danach kaum noch Veränderungen. Erstere war vor allem eine Folge überproportionaler Einkommenszuwächse der reichen Kapitalbesitzer. Die Kluft zwischen Ober- und Mittelschicht vergrößerte sich also. Das starke Wachstum der Kapitaleinkommen ist auf die Kapitalknappheit infolge der raschen Urbanisierung zurückzuführen. Die Mobilisierung der Arbeitnehmer und die Proteste der Arbeiterbewegung beruhten mithin nicht auf einer absoluten Verarmung derselben, sondern auf einer relativen, insbesondere in Relation zur Oberschicht.

Im Zusammenhang mit dem akuten Arbeitskräftemangel in der ostelbischen Landwirtschaft, der in den achtziger Jahren aus der massenhaften Abwanderung von Kleinbauern und Landarbeitern in die Städte resultierte, spricht Tilly auch ein gegenwärtig in Österreich hochaktuelles Thema an, nämlich die Mobilisierung billiger, unqualifizierter Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland, in diesem Fall aus Russisch-Polen und Galizien. Erwünscht war eine mobile Einsatzreserve während der Erntezeiten, absolut unerwünscht war eine Einwanderung dieser Arbeitskräfte. Restriktive behördliche Regulierungen setzten dies durch (Legitimationszwang, Rückkehrzwang): Die Ausländer waren an bestimmte Arbeitsplätze gebunden und hatten in der winterlichen „Karenzzeit“ in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Die Analogie zu dem von mancher Seite gewünschten „Saisonnier-Status“ ist nicht zu übersehen . . .

Der Anhang enthält einige Dokumente zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts und erläutert den aktuellen Forschungsstand sowie wichtige Literaturbeiträge. Zahlreiche tabellarische Übersichten und Abbildungen bieten statistische Materialien zu den im Textteil diskutierten Themen.

Tilly ist es eindrucksvoll gelungen, auf relativ engem Raum das zeitlich ungleichgewichtige Wirtschaftswachstum Deutschlands von 1834 bis 1914 als Ergebnis von langfristig wirkenden Faktoren wie Bevölkerungswachstum, Kapitalbildung und technisch-organisatorischem Fortschritt sowie den Interessen von Individuen und sozialen Gruppen darzustellen. Ein Hinweis zum Schluß: Die Lektüre des vorliegenden Bandes kann mit großem Gewinn mit jener von Hubert Kiesewetters Buch „Industrielle Revolution in Deutschland“ (Edition Suhrkamp) kombiniert werden, da die Inhalte zu einem wesentlichen Teil komplementär sind.

Michael Mesch